

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1913

21.9.1913 (No. 258)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

№ 258

Sonntag, den 21. September 1913

156. Jahrgang

Expedition:
Karl Friedrich-Straße Nr. 14 (Fernsprech-
anschluß Nr. 951, 952, 953, 954), wofür auch
Ausgaben in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P;
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 67 P
Einzugsgebühr: die 6 mal gespaltene Zeitzeile oder deren Raum 25 P Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keine
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Hof-Ansage.

Wegen Ablebens

Ihrer Hoheit der Prinzessin

Sofia von Sachsen-Weimar-Eisenach,
Herzogin zu Sachsen,

legt der Großh. Hof Trauer auf vier Tage bis einschließ-
lich 23. d. M. nach der IV. Stufe der Trauerordnung an.

Karlsruhe, den 20. September 1913.

Großherzogliches Oberstkammerrhen-Amt.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog
haben unter 11. September 1913 gnädigst geruht, den
Oberrevisor Hermann Solven bei der Generaldirektion
der Staatsbahnen zum Bureauvorsteher zu ernennen.

Die Großh. Forst- und Domänenverwaltung hat unter 11.
September 1913 den Finanzsekretär Franz Herrmann
in Karlsruhe zum Domänenamt Mannheim versetzt.

Einrichtung der Station Zusenhausen für den Güterverkehr.

Die Station Zusenhausen wird am 1. Oktober d. J. für
den Gesamtgüterverkehr eröffnet.

Karlsruhe, den 18. September 1913.

Großh. Ministerium der Finanzen.

Der Ministerialdirektor:

Schulz.

Grimm.

Das Badische Staatsschuldbuch betr.

Das für Voreinzahlungen auf 4prozentige Buch-
schulden, beträgt bis auf weiteres 97.70 M. für 100 M.
Buchschulden.

Karlsruhe, den 20. September 1913.

Großh. Staatsschuldenverwaltung.

Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 20. September.

* Politische Wochenrückblicke.

Beginn der zollpolitischen Erörterungen.

Die deutschen Handelsbeziehungen sind für die Zeit
vom 1. Januar 1918 an neu zu regeln, denn eine Reihe
von Handelsverträgen läuft mit dem 31. Dezember 1917
ab. Sie sind am 1. März 1906 in Kraft getreten. Drei-
zehn Monate vorher, am 1. Februar 1905, waren sieben
dieser Handelsverträge dem Reichstage vorgelegt worden,
nämlich diejenigen mit Österreich-Ungarn, Italien, Rus-
land, Schweiz, Belgien, Rumänien und Serbien. Der
Zolltarif war dem Reichstage schon 1901 unterbreitet und
von ihm in der Nacht vom 13. zum 14. Dezember 1902
nach achtzehnstündiger Sitzung früh 1/25 Uhr angenom-
men worden. Dieser Zolltarif ersetzte den alten Tarif,
der von 1879 bis 1902 bestanden, jedoch wesentliche Er-
höhungen der Zölle für Getreide 1885 und dann 1887 er-
fahren hatte. Der Beginn der Geltung der neuen Han-
delsverträge — 1906 — fiel in eine Zeit günstiger wirt-
schaftlicher Entwicklung; der gegenwärtige Beginn der
öffentlichen Erörterung unserer Handelspolitik und der
Frage, ob nun wieder ein neuer Zolltarif aufzustellen
oder wenigstens eine Novelle anzufügen sei, fällt in eine
Zeit, wo nach weit verbreiteter Anschauung die Konjunktur
nicht mehr steigen, sondern nur noch niedergehen kann.
Der preussische Handelsminister Dr. Sydow hat auf
dem Allgemeinen Deutschen Bergmannstag in Breslau
seine Ansicht über die wirtschaftliche Entwicklung in fol-
genden Sätzen ausgesprochen: „Die Periode der
Konjunktur geht zu Ende. Das ist ein nat-
ürlicher Vorgang, und es besteht die begründete Hoff-
nung, daß der Niedergang ohne Erschwerung des Wirt-
schaftslebens durch eine Aufwärtsbewegung wieder aus-
geglichen wird. Unser Wirtschaftsleben ist durch und
durch gesund. Die Kaufkraft des Inlandes ist im Wachsen,
der Wohlstand steigt.“ Es ist möglich, daß die Tatsache

des Niedergangs der Konjunktur auf gewisse Volkskreise
Stimmungseinfluß zu ungunsten des Zollschutzes ausübt.
Sachlich wäre eine solche Gedankenverknüpfung nicht be-
rechtigt, denn die unangenehmen Folgen des Niedergangs
würden sich nach begründeter volkswirtschaftlicher Ansicht
bei etwaiger Niederreichung der Zollschutzwehr noch weit
schlimmer, durch Lohnminderung und Arbeitslosigkeit
fühlbar machen. Im übrigen läßt sich die Konjunktur
von 1918 heute natürlich nicht voraussehen.

Der Aufmarsch der Interessenorganisationen und Par-
teien zum Zollfeldzuge hat begonnen. Ob der „Auf-
marsch“ schon der endgültige ist, weiß man nicht, aber
der Ausdruck ist um so mehr berechtigt, als die Bemühun-
gen, ein gemeinsames Marschieren gewisser Grup-
pen herbeizuführen, lebhaft eingesezt haben.

In den letzten Tagen haben der Bund der
Industriellen und der Zentralverband
Deutscher Industrieller in Leipzig ihre
Tagungen abgehalten. Im August bereits war die
Meißeftadt, deren internationale Kaufmannsausstellung
die Kongresse anlozt, Tagungsort des Reichsdeut-
schen Mittelstandsverbandes gewesen. Hier wurden
Leitfäden aufgestellt, die zunächst bestimmt waren, der öf-
fentlichen Tätigkeit des Mittelstandsverbandes als Richt-
schnur zu dienen. Sie hatten darüber hinaus Bedeutung
gewonnen, da ein Vertreter des Zentralverbandes Deut-
scher Industrieller, ein Mitglied des Bundes der Land-
wirte und die christlichen Bauernvereine ihr Einverständ-
nis mit diesen Leitfäden erklärten. Über die Art der ge-
meinsamen Arbeit und der Organisation wurde nicht so-
fort Klarheit geschaffen; auf der Tagung des Zentralver-
bandes Deutscher Industrieller ist nach den darüber aus-
gegebenen Berichten der Ausdruck „Gemeinschaftsarbeit“
angewandt worden, den wir uns auch zu eigen machen
wollen; der Plan eines „Kartells“ ist ausdrücklich abge-
schritten worden. In den Leitfäden wird von Zoll- oder
Handelspolitik nichts gesagt, doch wird die „gegenseitige
wirtschaftliche Unterstützung“ im Organismus unseres
Wirtschaftslebens und der „Schutz der nationalen Arbeit“
gefordert. Kurz; die Annahme ist weit verbreitet, daß
auch ein Zusammengehen in der Zollpolitik geplant sei.
Nach den den Verbandstagen vorausgehenden Pressenäu-
ßerungen schien nun gerade in dieser Frage der Gegensatz
zwischen den Anhängern des Bundes der Industriellen und
denen des Zentralverbandes sehr scharf zu sein. Die
Tagungen selbst ließen jedoch einen so starken Unterschied
nicht hervortreten. Es ist keine auf den Zoll bezügliche
Entscheidung gefaßt worden, die einen sachlichen Gegen-
satz zu der anderen Seite formuliert. In der Atmosphäre
des Bundes der Industriellen — wir fassen hier lediglich
die Zollpolitik der Verbände, nicht ihre Stellung zum
Schutze der Arbeitswilligen, zur Aufrechterhaltung der
Autorität und zur Sozialdemokratie ins Auge — liegt so
etwas wie der „Alban“ der Zölle; so weit wir aber be-
merkt haben, ist das Wort auf der Bundestagung von
keinem einflussreichen Redner angewandt worden; man
hat sich vielmehr zu einem „maßvollen Zollschutz“ be-
kannt. Der Zentralverband hat seine Ansichten über den Zoll
in einer längeren Entschlieung niedergelegt. Danach
befindet sich der Zentralverband mit dem Verein zur
Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutsch-
lands und mit der Zentralstelle für Vorbereitung von
Handelsverträgen in grundsätzlichen Beratungen darüber,
inwiefern unser Zollsystem vom Standpunkte der einzel-
nen Zweige der Industrie einer Nachprüfung und Abän-
derung bedarf; einer weiteren Erhöhung „der von weiten
Kreisen der Gesamtheit als hoch empfundenen“ Zölle auf
Lebensmittel und „einem sogenannten lückenlosen Zoll-
tarif“ kann der Zentralverband nicht zustimmen; ander-
seits strebt der Zentralverband keine Vorteile an, die auf
Kosten der Landwirtschaft erreicht werden könnten. In
der Entschlieung ist nicht ausgedrückt, daß der Zentral-
verband den gegenwärtigen Zollschutz erhalten wolle; im
allgemeinen wird man aber dies als seine Absicht betrach-
ten dürfen.

Der Aufmarsch von Leipzig hat wie kaum ein Vorgang
der letzten Zeit die politische Welt in Bewegung gebracht.
Die vorläufige Stellungnahme der übrigen wirtschaft-
lichen oder politischen Organisationen wird durch die
Pressstimmen beleuchtet. Das Organ des Bundes der
Landwirte, die „Deutsche Tageszeitung“, ist der
Gemeinschaftsarbeit geneigt. Es schreibt: „In einzelnen
Fragen können und werden ja die Meinungen auseinan-

dergehen; aber dieses Auseinandergehen macht ein Zu-
sammenarbeiten in der Hauptsache nicht unmöglich. Wenn
der Zentralverband erklärt hat, daß er einer weiteren
Erhöhung der Lebensmittelzölle und einem lückenlosen
Zolltarife nicht zustimmen könne, so hat uns diese Erklä-
rung weder überrascht noch enttäuscht. Es muß ihr gegen-
über immer wieder daran erinnert werden, daß der
Bund der Landwirte weder durch irgendwelche Beschlüsse
noch in seiner Presse für die Erhöhung der Lebensmittel-
zölle Stimmung gemacht hat. Er hat im Gegenteil es ab-
gelehnt, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, da der
Zeitpunkt dazu erst gekommen sei, wenn die Frage der
Erneuerung des Zolltarifes in den Vordergrund der po-
litischen Erörterung getreten sei. Das, was unter dem
lückenlosen Zolltarife zu verstehen sei, ist so oft dargelegt
worden, daß eine Wiederholung eigentlich nicht mehr
nötig sein sollte. Wenn die Forderung eines solchen
Zolltarifes erhoben wurde, so hatte sie lediglich die Bedeu-
tung, daß gewisse Lücken im Zolltarife ausgefüllt, gewisse
Ergänzungen vorgenommen werden sollten, die nicht nur
im Interesse der Landwirtschaft, sondern auch im In-
teresse des Gewerbes liegen. Die Meinungen über diese
Lücken und ihre notwendige Ausfüllung mögen, wie ge-
sagt, auseinandergehen. Das sind Fragen, die später er-
örtert werden müssen.“ Ähnlich äußern sich die konser-
vativen Organe. Ein Zentrumsorgan, die „Schlesi-
sche Volkszeitung“, läßt sich aus Berlin schreiben:
„Es bedarf der Sammlungspolitik, damit die verbündeten
Freihändler und Sozialdemokraten abgewehrt werden
können. Die „Sammlung“ ist aber bei der jüngsten Fi-
nanzreform eingeleitet worden. Ist nur erst der allef-
tliche gute Wille zur Verständigung da, so wird sich über
die Einzelfälle des Zolltarifes der Ausgleich schon finden
lassen. Wir vertrauen aber trotz allem Quertreiben auf
das Kartell der schaffenden Arbeit und der positiven Par-
teien.“ Das führende rheinische Zentrumsorgan, die
„Rhein. Volksztg.“, erklärt: „Für das Zentrum ver-
steht es sich natürlich ganz von selbst, daß bei den Handels-
verträgen der Ausgleich der Interessen nach wie vor auf
dem Boden unserer bewährten maßvollen Schutzpolitik
gefunden werden muß.“ Einen starken Antrieb, sich zu
den Tagungen der Industriellen und zu der geplanten
Arbeitsgemeinschaft zu äußern, hat die nationalliberale
Presse empfunden. Wie nahe diese Dinge die national-
liberale Partei angehen, erhellt schon daraus, daß ein
so rühriger nationalliberaler Politiker, wie Dr. Strese-
mann, auf der Tagung der Industriellen eine bedeut-
same Rede gehalten hat, während Dr. Beumer, ebenfalls
früherer nationalliberaler Reichstagsabgeordneter und
noch heute preussischer Landtagsabgeordneter, auf der Ta-
gung des Zentralverbandes eine mit brausendem Beifall
aufgenommene Ansprache in Form eines Bekenntnisses
zur Bismarckschen Wirtschaftspolitik hielt. Die „Natio-
nalliberale Korrespondenz“, das Organ der Gesamtpartei,
hat anfänglich lebhafteste Bedenken gegen die Verbindung
von Zentralverband, Bund der Landwirte und Mittel-
stand geäußert und dem Bunde der Industriellen Sympathie
bezeugt, jedoch schließlich die maßvolle Haltung
des Zentralverbandes anerkannt. Die „Natio-
nalliberale Reichskorrespondenz“ wies darauf
hin, daß die der Arbeitsgemeinschaft zugrunde gelegten
Leitfäden dem nationalliberalen Programm entsprächen,
und lobte das Eintreten des Zentralverbandes für den
Zollschutz. Ein im allgemeinen nicht dem rechten Flügel
der nationalliberalen Partei zugehöriges Organ, wie die
„Königsberger Allg. Zeitung“, stellte fest, daß
durch die Leipziger Tagung „hinsichtlich der brennenden
Frage des Arbeitskartells befriedigende Aufschlüsse über
die Haltung des Zentralverbandes“ erbracht worden
seien. Ähnlich die „Rhein. Ztg.“ Die in Berlin neu ge-
gründete nationalliberale Tageszeitung, der „Deutsche
Kurier“, bezeugte dem Bunde der Industriellen Sympathie,
dem Zentralverbande Abneigung. Die fort-
schrittliche Presse wandte sich zum Teil sehr scharf
gegen die Gemeinschaftsarbeit, die sozialdemokratische
noch schärfer.

Richter- und Anwalts tagungen.

Die Richter waren in Berlin, die Anwälte in Breslau
versammelt. 21. Deutscher Anwalts tag, 3. Deutscher Rich-
tert tag — die beiden Ziffern beleuchten die Zeitfolge der
Entstehung der Organisationen. Der Deutsche Richter-
bund hat im Süden früher als im Norden Fuß gefaßt;
heute hat er auch im Norden sehr zahlreiche Mitglieder.

Zivilprozess und Verbrechenbekämpfung, diese beiden umfangreichen Fragen, beschäftigten die diesmalige Tagung. Das Zivilverfahren wurde in Übereinstimmung mit den Klagen des Publikums als reformbedürftig bezeichnet und für die Verbrechenbekämpfung wurde eine freiere Stellung des Richters, zum mindesten in der Straffrage, verlangt. Von einem Diskussionsredner wurde der erste Entwurf zur Strafrechtsreform als eine ausgezeichnete Grundlage für ein Weiterarbeiten bezeichnet. Es wäre nun zu wünschen, daß auch das Publikum sich darüber klar wird, ob es dem deutschen Richterstande das Vertrauen entgegenbringt, ihn in der Beurteilung von Verbrechen und Vergehen freier zu stellen, also seinem Ermessen größeren Spielraum als bisher zu gewähren. Daß der deutsche Richterstand dieses Vertrauen verdient, darüber sind wir uns nicht im Zweifel. Auch aus dem Publikum und in der Presse vernimmt man Äußerungen im Sinne des Wunsches nach einer großzügigen, nicht papiernen Behandlung der Straftaten; daneben ist aber unstrittig auch noch die Neigung vorhanden, Reformwünsche und persönlicher Ärger über Richterprüche nach der Richtung zu leiten, daß für jede einzelne Handlung eines Richters eine feste Richtschnur gegeben und sie der Nachprüfung durch eine übergeordnete Stelle zugänglich gemacht werden soll. Der Ruf nach einer freien Stellung des Richters und nach Verminderung des Schreibwerks klingt nicht harmonisch mit dem Ruf nach Vermehrung der Instanzen zusammen. Auch die Presse ist sich noch nicht ganz klar, ob sie sich für größeres Vertrauen oder größeres Mißtrauen entscheiden soll. Es wird Zeit, daß die Reformgedanken zu Ende gedacht werden und von den Gegnern des „Formelstrafs“ und des „Bureaucratismus“ nicht immer noch neue Forderungen gestellt werden, die nur zur Vermehrung der Formen und des Schreibwerks dienen können.

In den Verhandlungen des Anwaltstages nahmen die Erörterungen über die Wahrheitspflicht des Anwalts im Zivilprozess einen breiten Raum ein. Während auf dem Richterstage Sympathien für den Gedanken der Wahrheitspflicht der Parteien im Zivilprozess zutage traten, nahm der Anwaltstag Beschlüsse an, die auf engerem Gebiete eine Einschränkung und Verschärfung der Wahrheitspflicht bedeuten.

Der österreich-ungarische Botschafter in Berlin.

Der bevorstehende Rücktritt des österreichisch-ungarischen Botschafters in Berlin, Grafen Szögyeny-Marich, ist in Blättermeldungen angekündigt, von anderer Seite wieder abgefritten worden. Von deutscher Seite würde der Rücktritt des Botschafters lebhaft bedauert werden. Der Botschafter hat, seitdem er in Berlin beglaubigt ist, hohes Vertrauen und außerordentliche Wertschätzung genossen. Er war der berufene Träger der staatl. und persönlichen Beziehungen, die die beiden Länder und die Herrscherhäuser miteinander verbinden. Zwischen ihm und den für die deutsche Politik maßgebenden Männern hat stets die innigste Fühlung obgewaltet.

Die türkisch-bulgarische Verständigung.

Die zu Konstantinopel vereinigten türkischen und bulgarischen Delegierten haben nach übereinstimmenden Meldungen vom 17. September sich über die Abgrenzung verständigt und am 18. September das Protokoll unterzeichnet. Ob nun schon eine amtliche Bekanntgabe an die Mächte erfolgt ist oder nicht, jedenfalls kann man nicht mehr daran zweifeln, daß die Türkei außer Adrianopel und Kirklisse auch Dimotika behält. Diese drei Positionen, die von strategischer Seite als zusammengehörig betrachtet werden. Der türkische Erfolg ist so groß, daß er der Umsicht der türkischen Unterhändler und Staatsmänner ein schmeichelhaftes Zeugnis ausstellt. Möglicherweise wird auch das Gerücht von einem geplanten Bündnis zwischen der Türkei und Bulgarien neue Nahrung erhalten.

Europäische Bestrebungen in der asiatischen Türkei.

Nach einer Konstantinopler Meldung hat der Vertreter einer italienischen Finanzgruppe einen Vertrag zur Vorbereitung eines Bahnbauwes in Kleinasien abgeschlossen. Die Bahn soll von Adalia ausgehen, das an der Südküste Kleinasiens zwischen Rhodus und Zypern liegt. Wenn wir die Meldung richtig auslegen, wird eine Konzeption zu dem Bahnbau erstrebt. Dieses Bestreben ist vom italienischen Standpunkt verständlich. Von italienischer Seite ist schon mehrfach erklärt worden, daß man für den Status quo in der asiatischen Türkei eintrete und danach auch die Haltung in der Inselfrage einrichten wolle. Man darf annehmen, daß Italien Inseln wie Rhodus und Mytilene grundsätzlich als zugehörig zum asiatischen Besitz der Türkei betrachtet. Wenn sich Italien nun Zurechtfinden auf dem asiatischen Festlande schafft, kann es umsomehr seinen Anspruch begründen, Veränderungen in Kleinasien durch andere Mächte, mit Ausschaltung Italiens, nicht zuzulassen.

Auch ein englischer Politiker hat die Unabhängigkeit der Türkei als Wunsch seiner Regierung bezeichnet, und als Beweis für diesen Wunsch den Abschluß eines britisch-türkischen Abkommens über asiatische Fragen angeführt. Die Äußerung ist in der Vertagungsrede enthalten, die der Vizekönig von Indien, Lord Hardinge, an den gesetzgebenden Rat in Simla hielt. In dieser Rede wurde auch gesagt, daß die Aufrechterhaltung des Status quo hinsichtlich der heiligen Orte in Arabien für die religiösen Bedürfnisse der Mohammedaner Indiens wichtig sei. Bezüglich des neuen Abkommens erklärt der Vizekönig, daß England mit der Türkei zu einem freundschaftlichen Einvernehmen gelangt sei, das beide Teile befriedige und für beide Regierungen im Persischen Golf und in Mesopotamien von Vorteil sei. Über ein solches Abkommen ist seit längerer Zeit verhandelt worden. Als Ergebnis solcher früheren Verhandlungen wird bezeichnet: Großbritannien erkennt die Suzeränität der Pforte über Koweit an, die Pforte das zwischen Großbritannien und dem Scheich von Koweit getroffene Abkommen, die Pforte verpflichtet sich, in die inneren Angelegenheiten Koweits und in die Nachfolgefuge nicht einzugreifen, und entzagt ihren Ansprüchen auf die Suzeränität über Maskat und andere Gebiete. Ob der Inhalt des nunmehr als abgeschlossen bezeichneten Abkommens sich mit diesen Angaben deckt, entzieht sich einstweilen der öffentlichen Kenntnis. Die englische Regierung will angeblich das Abkommen zuerst dem Parlament vorlegen, dessen Zusammentritt nicht vor dem Februar 1914 vorgesehen ist. Daß Frankreich Eisenbahnkonzessionen nicht nur in Syrien, sondern auch in Armenien erstrebt, sei nur kurz angefügt. Ein klares Bild von der künftigen Gestaltung Kleinasiens kann man sich bisher noch nicht machen, bisher ergibt sich vielmehr ein chaotischer Eindruck.

Die Balkanlage.

Konstantinopel, 19. Sept. Das auf Grund der türkisch-bulgarischen Verhandlungen abgefaßte Protokoll legt bezüglich des Indigenats, worüber endgültig ein Abkommen getroffen ist, eine Optionsfrist von vier Jahren für jene Muselmanen fest, die in den an Bulgarien abgetretenen Gebieten wohnen. Während dieser Frist werden die Muselmanen berechtigt sein, auszuwandern und ihre Güter zu verkaufen. Sie bleiben während dieser Zeit ottomanische Untertanen. Wie versichert wird, nahmen die bulgarischen Delegierten den Punkt an, welcher auf Anerkennung der Rechte der muslimanischen Bewohner und Gemeinden sich bezieht.

Sofia, 20. Sept. Meldung der „Agence Bulgare“. Nach den internationalen Regeln ließ die bulgarische Regierung der hellenischen Regierung eine Liste überreichen, die die griechischen Kriegsgefangenen enthält. Die während des Krieges vorsichtshalber verhafteten Griechen setzte sie in Freiheit. Die griechische Regierung lehnte es aber ab, eine Liste der bulgarischen Kriegsgefangenen zu übergeben und sprach den Wunsch aus, den Austausch der Kriegsgefangenen ohne Überreichung von Listen fortzusetzen. Unter den in Griechenland zurückgehaltenen Bulgaren befinden sich Verwaltungs-, Bank-, Post- und andere Beamte, die keineswegs als Gefangene behandelt werden dürfen. Die Griechen lassen die bulgarischen Kriegsgefangenen nicht nur nicht frei, sondern verhängen über sie alle Arten von Martern, so daß schon einige infolge der schlimmen Behandlung gestorben sind. Dies alles gibt zu ernstlichen Befürchtungen wegen des Schicksals der bulgarischen Kriegsgefangenen Anlaß.

Politische Übersicht.

Der sozialdemokratische Parteitag.

Im Vordergrund der gestrigen Beratungen stand die Behandlung der Steuerfragen, zu der eine ganze Anzahl radikaler Anträge vorlagen. Eine revisionistische Gruppe Sug und Genossen verlangte in einer Resolution eine uneingeschränkte Anerkennung der Haltung der Reichstagsfraktion in der Steuerfrage. Reichstagsabgeordneter Dr. Südekum erstattete ein Referat zu der Steuerfrage, wobei er die Haltung der Reichstagsfraktion bei der Deckungsfrage als eine wichtige Etappe auf dem Wege der Entwicklung von den rein politischen Steuern zu den sozial gerechten Steuern schilderte. Wenn die Sozialdemokratie einmal die Regierung unterstütze, um für die Masse etwas zu erreichen, so sei das doch noch kein Vertrauensvotum für die Regierung. Dr. Südekum schilderte sodann ausführlich die durch die letzten Reichstagswahlen veränderte politische Lage und nahm Bezug auf die Erklärung der Sozialdemokratie vom Mai 1912, durch die sie sich zur Mitarbeit an den Steuern verpflichtet habe. Die größte Mehrheit des Parteitags spendete den zweitündigen Ausführungen Südekums stürmischen Beifall.

Für die Debatte lagen 52 Wortmeldungen vor. Die Resolution der Radikalen begründete Geyer, der behauptete, der Kernpunkt der ganzen Frage liege darin, daß man Mittel für den Militarismus bewilligt habe. Persönliche Ausfälle richtete er gegen den ersten Referenten Wurm, dem er die Preisgabe früherer Prinzipien vorwarf. Noch in einer Sitzung der Fraktion habe Wurm, als die Zustimmung der Fraktion zu den neuen Steuern vorgeschlagen wurde, mit der Hand auf den Tisch geschlagen und ausgerufen, da brauchen wir nur noch „Heil Dir im Siegerkranz“ zu singen. Die Anhänger der Haltung der Reichstagsfraktion führten sämtlich übereinstimmend aus, daß ohne die Zustimmung zu den neuen Steuern eine größere Belastung der Arbeiter eingetreten wäre. Rosa Luxemburg erklärte, die Fraktion sei auf der schiefen Ebene, auf der es keinen Halt mehr gebe, man müsse ihr zurufen, bis hierher und nicht weiter.

Der Referent Wurm verlas in der Nachmittagsitzung eine geharnischte Erklärung gegen die Angriffe, die ihm wegen seines Gefinnungswechsels gemacht worden sind. Der Vorwurf, daß er innerhalb acht Wochen seine Meinung gewechselt habe, stimme nicht; er habe dazu nur fünf Minuten gebraucht, und zwar sei er veranlaßt worden durch die Haltung der Konservativen in der Deckungs-

frage. Dann begründete Dr. David die Resolution, die der Reichstagsfraktion das Vertrauen aussprechen soll. Die radikale Resolution sei entweder eine Panzerotti-erklärung der ganzen sozialdemokratischen Steuerpolitik oder ein direkter Unsinn. Sie sei eine Taktik der politischen Waisenkinder. Die Gegner würden ein Freudengefühl empfinden, wenn diese Taktik getrieben würde, und die Sozialdemokratie Arm in Arm mit ihnen die direkten Steuern ablehne. Rosa Luxemburg versuche ja doch nur, den Parlamentarismus zu diskreditieren. Jeder Erfolg im Reichstagsauflösung würden wir die Wähler gegen uns haben, weil wir die Verbrechen gebrochen haben, die indirekten Steuern durch direkte zu ersetzen. Jeder, der im praktischen Leben siehe, müsse die Haltung der Reichstagsfraktion billigen.

Die schärfste Tonart stimmte — wir folgten den Berichten der „Radikalen Zeitung“ — der Reichstagsabgeordnete Stadthagen an, der sich darüber beschwerte, daß die Minderheit der Reichstagsfraktion wegen ihrer Haltung zur Deckungsvorlage hier als Idioten oder Narren hingestellt würde.

Die folgende Debatte nahm eine aufseherregende Wendung, als das Parteivorstandsmitglied Wolfenbühler einen Brief des verstorbenen Führers Bebel verlas, um dessen Autorität für die Verteidigung der Reichstagsfraktion in Anspruch zu nehmen. In einem Brief habe Bebel ihm kurz vor seinem Tode geschrieben:

Ich bin der Meinung, daß wir der Debatte über die Fraktion den Gals umdrehen. Das können wir am besten, wenn wir das Material zusammenstellen und Stellen aus unsren Reden bei den Militärvorlagen seit dem Jahre 1903, unsre Einkommensteuerentwürfe bei dem Flottengeheul und den späteren Steuerentwürfen von 1907/08 und ebenso aus den Reden zu jenen Gelegenheiten. Den einschlägigen Stellen in den Reden müßten die Namen der Unterzeichner beigegeben werden. Es steht mancher Name darunter, dessen Träger sich heute auf den Hyperträdialen herausspielt. (Hört, hört!) Ferner die betreffenden Stellen aus der gemeinsamen Programmklärung, die wir mit den Franzosen vereinbarten. Ich würde das Laborat in Form einer Rede geben, und wir ließen es drucken und auf dem Parteitag verteilen. Zu reden bin ich leider unfähig.

Wolfenbühler teilte nun mit, daß er das Material habe, las auch einige Stellen daraus vor, aus denen hervorging, daß gerade die Genossen, die heute am eifrigsten gegen die Haltung der Reichstagsfraktion angehen, vor Jahren in Reden denselben Standpunkt vertreten haben. Wolfenbühler verlas seine Rede mit zahlreichen höhnischen Bemerkungen und machte zum Schluß den radikalen Reichstagsabgeordneten den Vorwurf, daß sie heute wider besseres Wissen ihre Meinung vertreten.

Dieser Vorwurf rief die Entrüstung des Genossen Ledebour hervor. Er bestreite nicht, daß Bebel den Brief geschrieben habe, aber es sei falsch, den verstorbenen Kollegen als Autorität in die Debatte zu ziehen mit einem Brief, den er in den letzten Wochen auf dem Krankenlager geschrieben habe. Dagegen zu polemisieren, sei ganz unmöglich. Diese Rede des „Genossen“ Ledebour wurde von den Revisionisten mit ironischer Heiterkeit aufgenommen.

Dr. Frank (Mannheim) wandte sich in scharfen persönlichen Bemerkungen gegen Ledebours libere Feindschaft und gegen Stadthagens Abneigung gegen die Reden von Leuten, die nicht auf seinem Standpunkte stehen.

Man hätte es nicht dahin kommen lassen dürfen, Welt sage, durch die Dummheit der Sozialdemokratie ist es dahin gekommen, daß die andern Parteien des Reichstags die Behauptungen bewilligen, die Arbeiter die Soldaten bezahlen müßten. Die Deckungsvorlage hätte nur mit einem Modus von Wasserman bis Bebel gemacht werden dürfen. Mit großer Entschiedenheit verteidigte er die liberalen Parteien gegen den Vorwurf der Treulosigkeit gegenüber der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die Liberalen hätten der Sozialdemokratie keine Treue gebrochen, denn die Sozialdemokratie habe von ihnen gar nicht verlangt, daß sie zu den Verhandlungen mit dem Zentrum zugezogen würden.

Ein Schlußantrag machte der Debatte ein Ende, und die Gereiztheit gegen die Gegner löste eine ganze Reihe persönlicher Bemerkungen aus. Dabei betonte selbst Dr. Liebknecht, daß er zur Resolution Wurm halten werde, die alsdann mit 336 gegen 140 Stimmen angenommen wurde. Ebenso wurde mit sehr großer Mehrheit der Fraktion das Vertrauen ausgesprochen. Die angenommene Resolution Wurm hat folgenden Wortlaut:

Der Parteitag fordert gemäß Punkt 10 des Parteiprogramms: Stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Verringerung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind; Selbstverschuldungspflicht; Erbschaftsteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbgutes und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern. Ferner erklärt der Parteitag: Der Bedarf der Bundesstaaten ist durch Zuschläge zu den direkten Reichssteuern zu decken. Für die Deckung des Bedarfs der Gemeinden ist gemäß den Beschlüssen des Parteitags zu Bremen zu fordern: Staatliche Zuschüsse für die Aufgaben des Volksgesundheitswesens, des Schulwesens, der Armenpflege, des Wegebaus. Zuschläge zu den staatlichen Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuern. Wo derartige staatliche Steuern nicht existieren, soll den Gemeinden das Recht zustehen, besondere kommunale Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuern auszubilden. Besteuerung des unverbienten Wertzuwachses an Grund und Boden. — Der Parteitag erklärt weiter: Für die Bewilligung von Steuern in Reich, Bundesstaaten und Gemeinden ist aber nicht allein maßgebend die Art der Steuern, sondern auch ihre Verwendungszweck. Gemäß dem Beschluß von Nürnberg 1908 ist jeder gegnerischen Regierung das Staatsbudget bei der Gesamtabstimmung zu verweigern, es sei denn, daß die Abkennung durch unsere Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde. In gleicher Weise ist

auch jede direkte Steuer, selbst wenn sie allein den Mehrwert trifft, von unsern Genossen abzulehnen, falls der Verdienungsgrad den Interessen der Arbeiterklasse widerspricht, es sei denn, daß die Abhebung der direkten Steuern durch unsere Genossen die Annahme der bekämpften Vorlage nicht hindert und eine für die Arbeiterklasse ungünstigere Besteuerung zur Folge haben würde. Entsprechend unserer Programmforderung haben unsere Genossen zu verhindern, daß neue indirekte Steuern auf die Arbeiterklasse gemäht werden, und wenn dies nur durch Zustimmung zu direkten Steuern zu erreichen ist, haben sie dafür zu stimmen, da dann der Verwendungszweck der direkten Steuern nur noch der Ersatz indirekter Steuern ist.

Der Kaiserbesuch in Österreich. Der „Neuen Freien Presse“ zufolge trifft Kaiser Wilhelm am 23. Oktober zum Besuche des österreichischen Thronfolgers auf Schloß Ronovitz ein, wo er zwei Tage bleibt. Darauf wird er Kaiser Franz Joseph in Schönbrunn besuchen.

Die Fahrt des Schnell dampfers „Kronprinzessin Cecilie“ mit der Kronprinzessin an Bord verlief bei schönstem Wetter prachtvoll. Bei dem gestrigen Diner hieß der Präsident des Aufsichtsrates des Norddeutschen Lloyd, Konjunkt Achelis, die Kronprinzessin im Namen des Norddeutschen Lloyd willkommen und dankte ihr für den wiederholten Besuch an Bord ihres Patenschiffes, sowie für die Bereitwilligkeit, die Taufe des auf der Schichauwerft in Danzig im Bau befindlichen großen Dampfers „Columbia“ am 11. Dezember vorzunehmen. Den Höhepunkt bildete gestern nachmittags die Fahrt um die Insel Wight, deren landschaftliche Schönheiten deutlich hervortraten. Um 3 Uhr 30 Min. nachmittags wurden die „Needles“ passiert und darauf die Rückreise angetreten.

Offiziere z. D. und bürgerliche Gerichtsbarkeit. Unter Bezugnahme auf die bekannte Order des Königs von Sachsen, nach der Offiziere, die nach ihrem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst einen Zivilberuf ergreifen, der ihnen Konflikt im öffentlichen Leben bringen kann (z. B. als Redakteur von Zeitungen politischen Inhalts) in Zukunft nicht mehr zur Disposition gestellt werden sollen bzw. bleiben dürfen, hat die „Lag. Rundschau“ an maßgebender Stelle Erkundigungen eingezogen, wie in ähnlichen Fällen in Preußen verfahren wird, und folgenden Bescheid erhalten: Ein beförderter Erlaß, wie der kürzlich in Sachsen erschienene, ist für die preussische Armee nicht beabsichtigt und auch aus dem Grunde nicht nötig, da in der Praxis in Preußen schon so verfahren wird, wie der königlich sächsische Erlaß anordnet. Es werden also Offiziere, bei deren Ausscheiden aus dem aktiven Dienst schon feststeht, daß sie einen bestimmten Zivilberuf ergreifen wollen, von vornherein nicht z. D., sondern a. D. gestellt. Ein preussischer Offizier, der in seinem Abschiedsgesuch die Absicht zum Ausdruck bringt, die Stellung eines Redakteurs nach seinem Übertritt in das Zivilleben zu übernehmen, wird schon nach der bisherigen Praxis „außer Dienst“ gestellt. Übrigens bestehen in Preußen für die literarische Tätigkeit von Offizieren bestimmte Vorschriften, die sich bisher recht gut bewährt haben und die abzuändern keine Veranlassung vorliegt. Die militärische Stellung der schon im Zivilleben tätigen Offiziere z. D. in Preußen bleibt auch für die Zukunft unberührt.

Die Kriegsteilnehmerbeihilfe. Nach einer Aufstellung der amtlichen Straburger Korrespondenz beziehen ab 1. d. M. 9760 Kriegsteilnehmer, meist ehemalige französische Soldaten, die Kriegsteilnehmerbeihilfe von je 150 M. Bei der zu erwartenden weiteren Zunahme um mindestens noch etwa 800 Empfänger auf rund 10 500 wird mit einem Jahresbetrage von voraussichtlich rund 1½ Millionen zu rechnen sein. 1480 Kriegsinvaliden, ausschließlich französische Soldaten, erhalten die Kriegsinvalidenbeihilfe von 216 M. oder mehr, mit einem Jahresbetrage von rund 318 000. — Insgesamt fließen also künftig alljährlich an rund 12 000 Empfänger Kriegsteilnehmerbeihilfen und Kriegsinvalidenbeihilfen aus Reichsmitteln nach Elsaß-Lothringen und zwar fast ausschließlich für ehemalige französische Soldaten elsaß-lothringischer Staatsangehörigkeit im Gesamtbetrage von rund 1 800 000 M.

Zeitungsstimmen.

Die Zukunftsaussichten der Türkei bespricht der hervorragendste deutsche Kenner der dortigen Verhältnisse, Generalfeldmarschall Freiherr v. d. Goltz, im Septemberheft von Lehmann & Hofmanns Monatsheften: Es heißt darin:

„Kein Zweifel — die Möglichkeit der Wiederherstellung des Osmanischen Reiches ist gegeben. Ob sie benutzt werden wird, kann nur prophetisch begabter Blick erkennen; denn die Entscheidung dieser Frage hängt nicht zum geringsten Teil von den zum Handeln berufenen Persönlichkeiten ab. Das erste zur Lösung der Aufgabe muß sein, den elenden Streit und Haß der politischen Parteien zur Ruhe zu bringen. Das mohammedanische Element Vorderasiens, das im besten Falle auf fünf Millionen berechnet werden kann, ist ohnehin schon schwach genug, um das Gebäude des regierenden Osmanischen Reiches zu tragen.“

„Bleibt ferner der Zustand Arabiens, wie er bisher war, so bedeutet dieser Welt immer noch eine Last, die für das Volk zu schwer — und eine Schwächung — ist. Die dauernde Auslösung der türkischen und arabischen Bevölkerung ist deshalb die zweite wichtige Frage für den Bestand des Reiches. Dem Araber galt bisher das türkische Kalifat noch immer als Illusion. Bis gerade die geschickte Verwaltung der letzten zwei Jahre durch den jetzigen Kriegsminister Jazet Pascha hat aber bewiesen, daß sich ein mehr als nur vorübergehender Wohlstand wohl erreichen läßt. Mit diesem äußeren Aufbau muß die innere Reorganisation Hand in Hand gehen. Die einen verlangen heute, der alte mohammedanische Fanatismus müsse überwunden — er hat sich schon im unglücklichen Balkankriege nirgends mehr gezeigt. Die andern fordern gerade, er solle wieder belebt werden — das würde die

Spaltung auch ins neue Staatswesen hinübertragen. Ein drittes ist weit notwendiger, freilich auch weit schwerer: Die gebildeten Stände des türkischen Volkes müssen es lernen, die rein persönlichen Beweggründe, die all ihren Urteilen und Handlungen heute noch zugrunde liegen, zu bannen und die sachlichen an ihre Stelle setzen. Mit dieser freilich ungemein schwierigen Umwandlung würde sich auch einstellen, was wichtiger ist als Toleranz oder Fanatismus: die Achtung vor einfacher, sachlicher, tüchtiger Arbeit. Leider hat diese seit nahezu vierzig Jahren gar nichts mehr gegolten. Dem schließlich dienstlichen oder amtlichen Erfolge in Heer und Verwaltung fehlte jede Anerkennung und Wertschätzung. Persönliche Beziehungen galten alles. Aus Herrschergeiz und Regierungssystem ist der Egoismus künstlich großgezogen worden. Viele Tausende von intelligenten jungen Leute wissen heute in der Türkei ganz genau, was der Großwesir eigentlich zu tun hätte und was sie an seiner Stelle tun würden, aber nicht, was im Augenblick und auf dem Platze, auf dem sie gerade jetzt stehen, ihre eigene Pflicht ist. Last not least ist die Verlegung des Regierungssitzes weiter nach Süden auf die Grenze der arabischen Welt eine unabwendbare Notwendigkeit. In Konstantinopel wird der Blick der Herrscher und ihrer Berater ohne Frage in erster Linie europäischen Angelegenheiten zugewendet bleiben, die keine Lebensfragen für das künftige Reich bedeuten. Die arabischen Reichshälfte wird ihnen nach wie vor fremd sein und sie dieser, der sie doch ebenso nahe stehen sollten, als der türkischen. Zudem ist Konstantinopel kein Ort zum Arbeiten. Es ist eine Sirene, die bisher noch jede Regierung ins Verderben gelockt hat, die sich ihr anvertraute.“

* Ausland.

8000 Dollars Zuschuß für Bryan.

Staatssekretär Bryan, der die auswärtige Politik der Vereinigten Staaten verwaltet, hat sich zur privaten Kompletierung seines als unzulänglich bezeichneten Ministergehaltes zu einer Reise durch den Westen verpflichtet, um auf der Varietébühne zwischen Konzerten und Reden zu halten. Man nannte, so schreiben die „Leipz. N. N.“, die ganze Geschichte „echt amerikanisch“ und glaubte damit den großen Punkt dahinter gehabt zu haben, der die alte von der neuen Welt so scharf trennen soll. Jetzt hat Amerika den Beweis geliefert, daß es auch noch für die Fortsetzung dieser grotesken Geschichte zu sorgen weiß. Da Bryan erklärt hatte, daß er nur 12 000 Dollars Gehalt beziehe, aber 20 000 unbedingt haben müsse, so hat ihm der Verlag der „New Yorker World“ angeboten, ihm für die Dauer seiner Stellung als Staatssekretär jährlich die fehlende Differenz in Höhe von 8000 Dollars auszugeben, falls er sich verpflichten wolle, seine ganze Zeit seinem Amte zu widmen und von Vorlesungen sowie Reisen abzusehen.

Paris, 19. Sept. Der König der Hellenen ist im strengsten Incognito hier eingetroffen. Er wurde am Nordbahnhof von einem Ordnungsoffizier des Präsidenten der Republik und dem griechischen Gesandten begrüßt und begab sich in Begleitung des Gesandten und des Adjutanten in sein Hotel.

Washington, 19. Sept. Die Zollbehörden haben festgestellt, daß das Hochzeitsgeschenk für den König Manuel ein Ereignis der modernen Kunst ist, das keinem Ausfuhrzoll unterliegt. Es wurde demnach abgehandelt.

Newark, 19. Sept. Nach einem Telegramm aus Mexiko hat Präsident Huerta Felix Diaz, der augenblicklich in Europa weilt, erjucht, alsbald nach Mexiko zurückzukehren. Man sieht in dieser Aufforderung ein Zeichen dafür, daß Huerta das Einverständnis mit der amerikanischen Wertschätzung vom vergangenen Februar einzubringen gedenkt, das ihn verpflichtet, der Kandidatur Diaz für die Präsidentschaft keine Hindernisse in den Weg zu legen.

Washington, 20. Sept. Das Konferenzkomitee hat das Wertvollste in der Gruppe Seiden angenommen und die spezifizierten Zollsätze des Senates abgelehnt. Rohseiden und andere billige Eien sind auf die Freiliste gesetzt worden.

Regio-Gitt, 19. Sept. Das Kriegsgericht, das die Untersuchung über den Tod des früheren Präsidenten Madero und des Vizepräsidenten Suarez führt, die im Februar, während sie ins Gefängnis geführt wurden, erschossen worden sind, ist zu dem Ergebnis gekommen, daß eine strafbare Handlung nicht vorliegt.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 20. September.

Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing gestern den Staatsminister Dr. Freiherrn von Dusch und heute den Minister Dr. Freiherrn von Bodman zur Vortragserstattung.

** Aus der in Geddingen erscheinenden Zeitung „Der Zoller“ ist in mehrere Blätter die Nachricht übergegangen, daß in badischen Hofkreisen die Absicht bestehe, vom Landtage eine Erhöhung der Zivilliste zu fordern. Von zuständiger Seite erfahren wir, daß eine derartige Anforderung an den Landtag in keiner Weise beabsichtigt ist.

Mannheim, 19. Sept. Zur Vorbereitung der Oberbürgermeisterwahl haben die vier Fraktionen des Bürgerausschusses eine Kommission gebildet, die einstimmig beschloß, den Oberbürgermeisterposten zur allgemeinen Bewerbung auszufahren. Der Stadtrat hat in seiner gestrigen Sitzung diese Kommission mit der Ausschreibung und den sonstigen Vorbereitungen zur Oberbürgermeisterwahl beauftragt.

Aus der Residenz.

Mitteilungen aus der Stadtratssitzung vom 18. Sept.

Einweihung eines Scheffel-Denkmals im Thüringer Wald. Die Scheffelstein-Gemeinde auf dem Dreiherrnstein bei Ruhla im Thüringer Wald hat den Stadtrat unterm 18. d. Mts. zur Einweihung des von ihr daseibst errichteten Scheffel-Denkmals eingeladen. Der Stadtrat beschließt, seiner Freude über diese Ehrung des berühmten Sohnes der hiesigen Stadt Ausdruck zu geben und einen Schwanzwaldtranz mit einer Schleife in den Farben der Stadt am Denkmal niederlegen zu lassen.

Fleischsteuerung. Angesichts der fortwährenden außerordentlichen hohen Stände der Fleischverkaufspreise ist der Stadtrat neuerdings beim Groß. Ministerium des Innern vorstellig geworden mit der Bitte, beim Reichskanzler die Genehmigung zur Wiederaufnahme der Einfuhr von Schlachtrindern aus Holland zu erwirken. Als Antwort auf die Eingabe der Stadtgemeinde teilt das Groß. Ministerium mit Erlaß vom 17. d. Mts. ein Schreiben des Reichskanzlers mit, in dem die Stadtgemeinde unter Bezug auf die ablehrende Stellungnahme des Kgl. Preussischen Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten auf die Einfuhr von Rindfleisch aus Russland oder den Niederlanden hingewiesen wird. In dem beigefügten Erlaß des Kgl. Preussischen Landwirtschaftsministeriums ist ausgeführt, daß das Ministerium nach den Erfahrungen, die im letzten Winter mit der holländischen Rindfleischzufuhr gemacht worden seien, zu seinem Bedauern nicht in der Lage sei, dem Antrage auf Wiederzulassung der Einfuhr die Genehmigung zu erteilen, weil die Einschleppung der Seuche befürchtet werden müsse, die Vieheinfuhr aus Holland zu einer Senkung der Preise im Inland voraussichtlich nicht oder nur unvollkommen führen werde und überdies die Frage der weiteren Entwicklung der Fleischpreise nicht so ungünstig zu beurteilen sei, wie dies von Seiten der hiesigen Stadtgemeinde gefehle.

Demgegenüber vertritt der Stadtrat den Standpunkt, daß nach dem gegenwärtigen, aus dem amtlichen Veröffentlichungen bekannten Seuchenzustand in Holland die Gefahr der Einschleppung der Seuche aus Holland bei Einhaltung der erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen so gut wie ausgeschlossen ist, daß nach den bisherigen Erfahrungen und nach neuerlicher Erkundigung eine Verabminderung der Preise durch die Einfuhr von lebendem Vieh aus Holland mit großer Wahrscheinlichkeit erwartet werden darf, während mit der Einfuhr von Fleisch aus dem Ausland, die übrigens schon seit längerer Zeit aufgenommen wurde, dieser Erfolg ausbleiben wird, und daß, wenn nicht für Abhilfe auf dem angegebenen Wege Sorge getragen wird, mit Sicherheit weiteres Anziehen der Fleischpreise zu befürchten steht. Der Stadtrat beschließt deshalb, den Vorstand des Deutschen Stadttags um weitere Schritte zur Wiederermöglichung der holländischen Vieheinfuhr zu eruchen.

Anlage von Familiengärten. Der Stadtrat erklärt sich damit einverstanden, daß im Gewann Dammertod (an der Eitlinger Straße) für die städtische Bevölkerung Familien-gärten angelegt werden. Zunächst ist die Anlage von etwa 270 solcher Gärten im Durchschnittsflächengehalt von je 260 Quadratmeter vorgesehen. Die Gartenanlage als Ganzes sowie die einzelnen Gärten werden mit Einfriedigung versehen; die städtische Wasserleitung wird in das Gartengebiet geführt. Als Pachtzins für den einzelnen Garten ist ein Betrag von durchschnittlich 25 M. (einschließlich des Wassergeldes) vorgesehen (10 Pf. für das Kubikmeter). Zur Gewinnung eines Überblicks darüber, ob sich eine genügende Anzahl von Liebhabern für solche Gärten finden wird, um den entstehenden Aufwand zu rechtfertigen, werden die Liebhaber aufgefordert, sich beim städtischen Tiefbauamt zu melden, woselbst auch die näheren Bedingungen, unter denen die Gärten verpachtet werden sollen, eingesehen werden können.

Gedächtnisfeier zur Erinnerung an die Schlacht bei Leipzig. Es wird in Aussicht genommen, zur Erinnerung an die Schlacht bei Leipzig im Jahre 1813 Samstag, den 18. Oktober d. J. eine Gedächtnisfeier im großen Festhallsaal zu veranstalten. Zur Vorbereitung und Durchführung der Feier wird ein Ausschuss berufen.

Vom Rheinhafen. Das Gelände an dem im Bau begriffenen 4. (Südwest-) Becken des Rheinhafens ist größtenteils vergeben. Das Tiefbauamt wird daher erjucht, im Benehmen mit dem Hafenanwalt mit der Projektierung des 5. Hafenbeckens zu beginnen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Paris, 20. Sept. Anlässlich der Ankunft des Königs der Hellenen in Paris beschäftigten sich verschiedene Blätter mit der Rede des Königs in Rotterdam. Mehrfach wird darauf hingewiesen, daß Tag und Stunde der Ankunft des Königs geheim gehalten worden seien und der König den Bahnhof unbemerkt durch die Gepäckhalle verlassen habe. Der „Matin“ glaubt, der jüngste Trauerfall im griechischen Königshause bilde keinen genügenden Grund für diese „Eskamotage“. Man habe den König nach seiner „unglücklichen“ Rottdamer Rede der Reue des Publikums entziehen wollen. Gewiß, die Worte des Königs hätten in Frankreich berechtigte Unzufriedenheit hervorgerufen, aber das französische Volk sei zu ritterlich, als daß es dem Oberhaupt einer befreundeten Nation, dessen Regierung alles getan habe, um die unglücklichen Worte bergeherr zu machen, einen schlechten Empfang bereiten sollte. Es wäre passender gewesen, sich auf den Laß des französischen Volkes zu verlassen, als seine üble Laune zu fürchten.

Verschiedenes.

Luftschiffahrt.

Baden-Doß, 19. Sept. Das Militärluftschiff „Z. 1“, welches das Kaisermandat mitgemacht hatte und heute morgen um 6½ Uhr in Liegnitz aufgestiegen war, ist um 3.30 Uhr hier glatt gelandet.

Friedrichshafen, 20. Sept. Das neue Marineluftschiff „L. 2“ ist heute früh 4 Uhr 20 Min. unter der Führung des Luftschiffkapitans Staud zur Fahrt nach Hohannistal aufgestiegen und hat die Richtung nach Ulm eingeschlagen. An Bord befindet sich die Marineabnahmekommission.

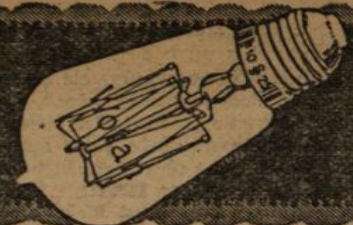
Nürnberg, 20. Sept. Das Marineluftschiff „L. 2“ passierte um 8.10 Uhr Roth, 8.35 Schwabach u. kam dann um 8.50 in Nürnberg in Sicht. Das Luftschiff überquerte in lang-samer Fahrt die Stadt, überflog die Burg und nahm dann die Richtung auf Erlangen.

* Der Professor an der juristischen Fakultät, der Universität Jena, Geheimer Justizrat Dr. Richard Voening, ist gestorben.

Verantwortlich für die Redaktion:
Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe.
Druck und Verlag:
G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

En gros. Julius Strauß, Karlsruhe. En détail.
Größtes Spezialgeschäft in Verkaufsstellen, aller Arten Besatzstoffen, Passanterien, Spitzen, Knöpfen, Weiswaren, Handschuhen, Strümpfen, Krautatten, Fäden, Sporttaschen, Mägen etc.
Ständiger Eingang von Neuheiten. — Telephon 372.
Blusen, Unterröcke usw. sehr preiswert.

Wotan



Draht-Lampe

mit gezogenem Leuchtdraht

Erhältlich bei den Glühlampenwerkstätten u. Installateuren

Freiburg i. B. Hotel Roseneck.
Bevorzugte, ruhige, zentrale Lage. Elektr. Licht. Großer Garten. Mäßige Preise.
E. 733 Louis Meyer.

Lugano Pension Zweifel.
Gute, deutsche Küche.
Pension von 6-8 Franks, Zimmer von 2 Franks an.
Prospekte durch G. Riese. E. 815

Bad- und Luftkurort Hotel und Pension „Bären“ Peterstal
Altbekannt, bestempfohl. Haus in hübsch. frei. Lag. m. groß. Gart. u. eig. Tannenwaldungen. Komfortabel eingerichtet. Mineralquell. in nächst. Nähe. Bad. im Hause. Molkenkuren. Eigene Forellenfischerei. Eig. Equipagen. Tel. 4. Bes.: Fr. Vokt. (Rechtal)

Hotel und Restaurant Friedrichshof
Direktion: G. Münzer
Erstes und grösstes Restaurant der Residenz mit eleganter Weinstube
Weine nur direkt vom Produzenten u. ersten Firmen
Vorzügliche Biere der Brauerei Sinner, Karlsruhe - Grünwinkel
Münchener Kochelbräu Bestgepflegte Küche
Reichhaltige Speise-Karte
Grosse und kleine Lokalitäten
Schöner schattiger Garten,
wöchentlich 2-3 Militärkonzerte
D. 951

Cassel Köchterspersonat von Frau Hofbuchhändler **Blannig**. Gewissenh. Anleitg. in Haus u. Küche zur Selbsttätigkeit u. Selbständigkeit. Wissensch. u. prakt. u. gesell. Ausbildung. Staatl. geprüfte Lehrkräfte, Ausländerin. Febl. Schloßh. in schön. Lage a. Auepart. Grob. Obst u. Ziergart. Herrl. sonn. Wohn-u. Schlafräume. Tennispl. Wozpl. frei.

Aufzüge Hebezeuge
jeder Art liefert F. 428
Wilhelm Pfrommer, KARLSRUHE i. B.
Gerwigstr. 33/37 Tel. 468
:: Kostenloser Ingenieurbesuch. ::

Spezialfabrik fugenloser Fußböden
Inhaber: J. FISCHER, Ludwigshafen am Rh.
Filiale Karlsruhe: August Maurer, Wilhelmstraße 53
empfehlen alle Arten Estrichböden - Fugenlose Steinholzfußböden, gestampfte Steinholz-Astbestfußböden f. Fabriken
la. Referenzen. Eigenes Lager in Karlsruhe. 12 n. jährige Garantie.

Sämtliche Impressen für freiwillige Feuerwehren
Stammrolle, 4seitig, das Stück 10 Pfg., Einleitungs-Journale, 4seitig, das Stück 8 Pfg., Bestandsveränderung, 4seitig, das Stück 8 Pfg., Personalien über die zur Dekorierung für langjährige Dienstzeit vorgeschlagenen Feuerwehrmänner, 4seitig, das Stück 10 Pfg., Impressen für Löschinspektoren, 2seitig, das Stück 10 Pfg. 62.V
Zu beziehen vom
Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe, Karlsriedstraße 18.

Möbelmagazin vereinigter Schreinermeister Karlsruhe i. B. Amalienstraße 31
Telephon 114 eingetr. Genossenschaft mit unbeschr. Haftpflicht Gegr. 1883
Komplette Wohnungs-Einrichtungen und Einzeilmöbel in allen Preislagen
Gediegene Ausführung mit langjähriger Garantie
Eigene Polster- u. Dekorationswerkstätte — Besichtigung ohne Kaufzwang.

Achtung für Schreibmaschinen-Besitzer!
Reparaturen all. Systeme prompt und billig. E. 892
Riedel & Co., Teleph. 2979
Adlerstraße 4.

Karrers Patent-Sprungfeder-Rost
ist der beste der Gegenwart. (patentamtlich geschützt).
Jeder gewöhnliche Ketten- oder Polsterrost wird in Karrers Patentsprungfeder-Rost umgebaut.
Heinrich Karrer Möbelhandlung
Philippstr. 19 Tel. 1659.
NB. Die umzuarbeitenden Roste werden morgens abgeholt und abends wieder angeliefert.

20jähriges, besseres Mädchen
welches die Küche erlernt hat, sucht Stellung
zum 1. Oktober für die Küche.
Off. an F. L. Dülmen in Westfalen, Marktstr. 14. F. 443

Metallbetten
Holzrahmenmatr., Kinderbetten billigt an Private. Katalog frei. Eisenmattfabrik, Enst i. Thür.

Motten!
und anderes Ungeziefer nebst Brut werden unter Garantie vernichtet. Beschädigung der Polster, Stoffe etc. ausgeschlossen.
E. Selgmann Nachf.
Telephon 2244, Adlerstraße 4.

Bürgerliche Rechtspflege.
a. **Streitige Gerichtsbarkeit**
O. 255.2. Karlsruhe. Die **Zuschneider Karl Max Witwe** in Karlsruhe, Schützenstraße Nr. 92 h. 2. St., Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt **Georg Dudele** in Karlsruhe, klagt gegen die **Mägin Anna Weidnack** aus Oetzingen, früher in Karlsruhe, unter der Behauptung, daß diese ihr aus Verabreichung von Kost und Wohnung in der Zeit vom 1. März bis 1. Mai 1913 den Betrag von 63 M. schuldig geworden sei, mit dem Antrage auf kostenpflichtige, vorläufig vollstreckbare Verurteilung der Beklagten zur Zahlung dieses Betrags nebst 4 Prozent Zinsen vom 1. Mai 1913 an.
Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird die Beklagte vor das Großh. Amtsgericht in Karlsruhe, Akademiestraße 2, 1. Stod, Zimmer Nr. 8, auf **Dienstag den 11. Nov. 1913, vormittags 9 Uhr**, geladen.
Karlsruhe, 15. Sept. 1913.
Der Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts A 6.

Effentliche Zustellung einer Klage.
O. 280.2. Waldshut. **Max Cahn** in Konstanz, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt **Mühs** in Waldshut, klagt gegen den Gastwirt **Abolf Maier**, früher in Zettlingen, jetzt an unbekanntem Orten, unter der Behauptung, daß der Beklagte dem Kläger aus Verkauf laut Vertrag vom 22. Mai 1913 den Betrag von 627.18 M., abzüglich bereits bezahlter 200 M. schulde, mit dem Antrage auf Verurteilung des Beklagten zur Zah-

lung von 337.18 M. — Dreihundertsebenunddreißig Mark 18 Pfennig — nebst 5 Proz. Zins aus 627.18 M. seit 22. Mai 1913 bis 9. Juni 1913 und 5 Proz. Zins aus 337.18 Mark seit 9. Juni 1913.
Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Großh. Amtsgericht in Waldshut auf **Donnerstag, 20. Nov. 1913, vormittags 11 Uhr**, geladen.
Waldshut, 16. Sept. 1913.
Der Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

O. 293. Adelsheim. über das Vermögen des Brauereibesitzers **Otto Lehmann** in Großscholheim wurde heute am 18. September 1913, nachmittags 5 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Genannte zahlungsunfähig ist. Der Rechtsanwalt **Herrmann** in Adelsheim wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 20. Oktober 1913 bei dem Gericht anzumelden.

Es ist zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, ferner zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Freitag den 7. Novbr. 1913, vormittags 10 Uhr**, vor dem diesseitigen Gerichte Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 20. Oktober 1913 Anzeige zu machen.
Adelsheim, 18. Sept. 1913.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

O. 288. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Landwirts und Kaufmanns **Ferdinand Theodor Hornung** in Rühlheim soll die Schuldbeteiligung erfolgen:
Hierzu sind verfügbar 281 (M. 61 Pf. Zu berücksichtigten sind bevorrechtigte Forderungen 3.05 M., nicht bevorrechtigte Forderungen 1392.87 M. Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen kann auf der Gerichtsschreiberei des Großh. Amtsgerichts A III hier eingesehen werden.
Karlsruhe, 18. Sept. 1913.
Der Konkursverwalter: **Otto Steinell, Rechtsanwalt.**

O. 294. Mannheim. über das Vermögen des Glasermeisters **Joseph Strickle** in Mannheim, Lindenhoffstr. 34, wird heute vormittags 11 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.
Zum Konkursverwalter wird ernannt Rechtsanwalt **Dr. Landfried** hier.
Konkursforderungen sind bis zum 16. Oktober 1913 bei dem Gerichte anzumelden.
Zugleich wird zur Beschlußfassung über die Wahl eines definitiven Verwalters, über die Bestellung eines Gläubi-

gerauschafftes und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Donnerstag, 23. Okt. 1913, vormittags 11 Uhr**, vor dem Großh. Amtsgerichte Abt. 3, 9, 2. Stod, Zimmer Nr. 112, Termin anberaumt.
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 16. September 1913 Anzeige zu machen.
Mannheim, 19. Sept. 1913.
Der Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts 3. 9.

b. Freiwillige Gerichtsbarkeit.
O. 292.2.1. Bannhof. Der **Nachschreiber Karl Marber** in Schweningen hat beantragt, die verschollenen a) **Landwirt Johann Martin Stabler**, geb. am 15. April 1850 in Schweningen, b) **Maurer Anton Stabler**, geb. am 22. September 1859 in Schweningen, zuletzt wohnhaft in Schweningen, für tot zu erklären.
Die bezeichneten Verschollenen werden aufgefordert, sich spätestens in dem auf **Mittwoch den 13. April 1914, nachmittags 4 Uhr**, vor dem unterzeichneten Gerichte anberaumten Aufgebots-terminen zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.
An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebots-terminen dem Gerichte Anzeige zu machen.
Bannhof, 16. Sept. 1913.
Gerichtsschreiberei Gr. Amtsgerichts.

Perchiedene Bekanntmachungen.
Eine **Kanzleihilfenstelle** mit der üblichen Vergütung ist darüber auf 1. November zu besetzen. O. 808
Werber aus der Zahl der Anwärter für den mittleren Beamtendienst (Aktuare oder Inzipienten) wollen sich sofort melden.
Durlach, 18. Sept. 1913.
Großh. Bezirksamt.
Turban.

Bekanntmachung.
Aus der von **Michael Ganz**, vormals Pfarrer in Konzach, im Jahre 1618 errichteten Stipendienstiftung ist ein Stipendium von jährlich 400 Mark zu vergeben.
Genussberechtigt sind Schüler höherer Lehranstalten oder Hochschulfördernde aus der Verwandtschaft des Stifters; solche, welche den Namen „Ganz“ tragen, werden vorzugsweise berücksichtigt.
Werberungen sind unter Anschluß von Nachweisen über Abstammung, Grad der Ausbildung und sittliches Verhalten binnen drei Wochen bei dem Verwaltungsrat der

Distriktsstiftungen Konstanz eingezogen. O. 304
Konstanz, 12. Sept. 1913.
Großh. Verwaltungsrat der Distriktsstiftungen.

Hochbauarbeiten für sieben Arbeitsgruben in der Lokomotivwerkstätte der Hauptwerkstätte hier nach Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 öffentlich zu vergeben. O. 289.2.1
1. Erd- und Grabarbeit u. Maurerarbeit mit beil. 150 cbm Beton und 170 cbm Bruchsteinemauer.
2. Zimmerarbeiten.
3. Schlofferarbeiten.
4. Pfisterarbeiten.
Zeichnungen, Bedingnisheft und Arbeitsbeschriebe liegen an Werktagen im Dienstzimmer der Großh. Hochbauhauemeisterei 2 hier, Baummeisterstraße Nr. 9, 2. Stod, zur Einsicht auf. Dasselbst Abgabe der Angebotsvordrucke, soweit der Vorrat reicht. Kein Versand nach auswärts.
Angebote verschlossen, postfrei, und mit entsprechender Aufschrift, längstens bis **Dienstag den 30. ds. Mts., vormittags 10 Uhr**, bei uns einguziehen.
Zuschlagsfrist 3 Wochen.
Karlsruhe, 16. Sept. 1913.
Gr. Bauinspektion 1.

Hochbauarbeiten zu einem zweistöckigen Dienstwohngebäude im Industriehofen zu Mannheim nach der Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 öffentlich zu vergeben. O. 291.2.1
Gebäudefläche 10,0/19,0 m, Höhe 7,80 m. Grab- und Maurerarbeiten, Steinhauer, Zimmer, Malerarbeiten, Dachdeckerarbeiten (Hinterwandziegeldeckung), Gipser, Glaser, Schreiner, Schloffer und Tischlerarbeiten und Malerarbeiten.
Zeichnungen, Bedingnisheft u. Arbeitsauszüge im Dienstzimmer der Großh. Hochbauhauemeisterei 2, Aufnahmestegende 3. Stod, hier zur Einsicht, wo auch die Angebotsvordrucke zu haben sind. Kein Versand nach auswärts. Angebote verschlossen, postfrei mit der Aufschrift „Dienstwohngebäude“, bis längstens **8. Oktober, vormittags 10 Uhr**, an die Hochbauhauemeisterei 2.
Zuschlagsfrist 3 Wochen.
Mannheim, 19. Sept. 1913.
Großh. Bauinspektion 1.

Verkauf von 4 fahrbaren Dampfbocktraktoren am Döner des Mühlhahfens in Mannheim (H. Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907).
Kran I rund 4000 kg Tragkraft, rund 11,7 m Ausladung, rund 3,15 m Rollenhöhe, rund 2,42 m Spurweite mit Greifereinrichtung.
Kran II rund 3000 kg Tragkraft, rund 9,15 m Ausladung, rund 10,30 m Rollenhöhe, rund 3 m Spurweite mit Greifereinrichtung.
Kran III rund 2500 kg Tragkraft, rund 13,25 m Ausladung, rund 7,75 m Rollenhöhe, rund 2,42 m Spurweite ohne Greifereinrichtung.
Kran IV rund 2000 kg Tragkraft, rund 10,05 m Ausladung, 6,85 m Rollenhöhe, rund 2,42 m Spurweite ohne Greifereinrichtung.
Beschreibung u. Verkaufsbedingungen von uns zu erhalten, von auswärts unter Einfindung von 20 Pfg. in Briefmarken. O. 290.2.1
Angebote verschlossen, postfrei und mit Aufschrift „Verdingung Dampftrane“, spätestens bis **9. Oktober 1913, vorm. 10 Uhr**, bei uns einguziehen. KZuschlagsfrist drei Wochen.
Mannheim, 19. Sept. 1913.
Gr. Elektrotechnisches Amt.